



## Forderungen des KRFD zur Bundestagswahl 2021

### **Gerechte Steuern -leistungsgerechte Sozialversicherung**

Wir fordern die längst überfällige Entlastung von ungerechter Besteuerung sowie eine deutliche Anerkennung des den Generationenvertrag erhaltenden Beitrages von Mehrkindfamilien. Familien müssen in der Phase der fürsorgeintensiven Betreuung der Kinder, in der erhöhter Finanzbedarf mit oft geringerem Erwerbseinkommen einhergeht, von den Rentenbeiträgen entlastet werden, ohne dass ihnen Einbußen in der Altersvorsorge entstehen. Versorgung, Erziehung und Ausstattung von Kindern während ihres Lebens – und Ausbildungsweges ist eine zeit- und auch kostenintensive Leistung. Diese Leistung wird individuell von Familien erbracht – und kommt am Ende der ganzen Gesellschaft zugute.

Wenn sich keiner der Aufgabe stellt, ist die Gesellschaft als Ganze gefährdet. Familienarbeit muss sich in der Altersabsicherung erkennbar abbilden und nicht lediglich „berücksichtigt“ werden. Erziehung, Bildung und Pflege dürfen keine Armutsrisiken darstellen. Dass das dritte Kind vielen Mittelschichtsfamilien bereits als Armutsrisiko erscheint, belegt die Statistik. Bereits jetzt wird Fachkräftemangel beklagt, Ausbildungsstellen können nicht besetzt werden

Die Corona-Krise hat glasklar gezeigt, dass Familien DER stabilisierende Faktor sind, der funktioniert, wenn alle anderen Systeme aus dem Takt geraten. Sie haben die Beschulung übernommen, als der Staat die andere Seite der Schulpflicht, das Recht auf Bildung, vorübergehend nicht gewährleistet hat. Familien haben die Menschen aufgefangen, getröstet und motiviert, wenn Mütter, Väter und Kinder aus ihren Routinen gefallen sind und sich Zukunftsangst verbreitete. Familien haben Verantwortung übernehmen, als alle anderen von ihr zurückgetreten sind. Die Stabilität der Familien gilt es zu erhalten und zu stärken, besonders angesichts der enormen Belastung, der sie ausgesetzt sind.

### **Vereinbarkeit weiterentwickeln und innovative Lösungen finden!**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich durch den Ausbau der Kitas und der Ganztagesangebote verbessert. Diese sollte auf der Arbeitgeberseite durch eine Erweiterung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen wie flexible Arbeitszeitmodelle, gestaffelten Wiedereinstieg, Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit nach der Familienphase, mobiles Arbeiten etc. verstärkt unterstützt werden. Die Corona-Zeit hat Arbeitgeber dazu gezwungen, so weit wie möglich auf HomeOffice umzustellen, um die Arbeitsfähigkeit von Firmen und Behörden aufrechtzuerhalten. Mittlerweile routinierte Video-



Konferenzen haben gelehrt, dass, wer zuhause arbeitet, weder aus den Augen noch aus dem Sinn ist. Diese Erfahrungen des HomeOffice müssen im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch Pflege und Beruf erhalten und in beiderseitigem Interesse weiterentwickelt werden. Dabei können Arbeitgeber der öffentlichen Hand eine Pionier-Funktion einnehmen und eine moderne Kultur beim Thema Vereinbarkeit anstreben.

Aufgrund der Altersstruktur unserer Gesellschaft als auch der häufigen „Zerstreuung“ der Familien muss der Pflegesektor ausgebaut werden. Ebenso wie in der Pflege gilt es auch in anderen „Rund-um-die-Uhr“-Berufen, die Angestellten in ihren familiären Bezügen zu denken und daran den Zuschnitt der Dienste auszurichten. So müssen sich Dienstpläne von Eltern, die von Kindern unter 12 Jahren haben, in ihrem zeitlichen Zuschnitt an den regulären Öffnungszeiten der öffentlichen Kinderbetreuung orientieren. Das Format „Mütter- und Väterschichten“ soll flächendeckend zur Anwendung kommen.

### **Familien brauchen tauglichen Wohnraum in der Stadt und auf dem Land**

Wir fordern den gezielten Ausbau und die Konzeption von familientauglichem und bezahlbarem Wohnraum sowohl in Städten als auch in strukturschwachen Gebieten. Familien brauchen einen sozialen Wohnungsbau, der gutes Leben gewährleistet sowie einen deutlich verbesserten Zugang von Mehrkindfamilien zu Wohnberechtigungsscheinen. Innenstädte gewinnen an Lebendigkeit, wenn alle Familien vertreten sind. Innenstädte müssen wieder Orte des Lebens, Wohnens und Erlebens werden und nicht nur geschäftlicher Nutzraum. Dauerhaft führt dieser Weg zu einer (Wieder-)Belebung der Städte, zur Identifikation mit den Quartieren und im besten Fall zu einem selbstverständlichen Miteinander der Generationen. Wenn das Land attraktiver und die Städte von Verkehr entlastet werden sollen, dann bedarf es bewusster Ansiedelung von alltagsrelevanter Infrastruktur- etwa Schulen, Kitas, Ärzte – in der Fläche.

Für Mehrkindfamilien ist innerstädtisches oder innenstadtnahes Wohnen in vielen deutschen Großstädten nicht mehr möglich. Es mangelt sowohl an bezahlbarem als auch für Familien geeignetem Wohnraum. Insbesondere in ländlichen Bereichen ist der Hausbau oder Hauskauf für Mehrkindfamilien oft die einzige Alternative für familientaugliches Wohnen. Angesichts des Leerstandes von Häusern oder mangelnden Eignung vorhandener Häuser sollte auch der Umbau und die Wiedernutzung von Baubestand zielgerichtet gefördert werden. Das Baukindergeld nimmt gerade für Mehrkindfamilien oft die entscheidende Hürde zum Erwerb von Wohneigentum und damit zum Aufbau einer Altersvorsorge. Deshalb fordern wir eine Wiederauflage des Baukindergeldes mit überarbeiteten Vergaberichtlinien und wir empfehlen eine Flexibilisierung im Hinblick auf weitere Kinder und die zeitliche Gestaltung.



### **Stärker in Bildung investieren: Digitalität, Personal, Ausstattung, Gebäude**

Die Corona-Pandemie zwingt uns, im Bereich Bildung und Digitales endlich ernsthaft, flächendeckend, kreativ und lösungsorientiert tätig zu werden. Deshalb fordern wir von den Parteien ein tragfähiges und ganzheitliches Digitalisierungskonzept für Schulen und Bildungseinrichtungen. Dazu gehört eine Strategie zur flächendeckenden Ausstattung mit Endgeräten sowie die Sicherung von nachhaltigem Betrieb und Betreuung. Gleichrangig muss an didaktischen Kompetenzen zur Wissensvermittlung mit digitalen Methoden gearbeitet werden. Die Kompetenzentwicklung zur Nutzung digitaler Lernformate in den Unterricht muss selbstverständlicher Teil des Lehramtsstudiums werden. Die Möglichkeiten digitaler Medien müssen nach Maßgabe von substanzieller Bildung und Wissensvermittlung ausgeschöpft werden. Schmerzhaft wurde deutlich, welcher Investitionsstau auch auf den Schulgebäuden lastet. Wir sind es unseren Kindern schuldig, sie für die kommenden Herausforderungen anständig auszurüsten und dazu gehört an erster Stelle Bildung in einem würdigen und wertschätzenden Umfeld.

### **Mobilitätskonzepte für Familien: Kostengünstige Mobilität für Jugendliche und SchülerInnen**

Wir fordern zukunftssträchtige und entlastende Mobilitätskonzepte für Familien, die insbesondere die Mobilitätsbedürfnisse und Mobilitätsanforderungen von Schulkindern und Jugendlichen im Fernverkehr aufnehmen. Wenn Geschwister gemeinsam unterwegs sind, muss der Preis sich an dem Tarif der „begleiteten Minderjährigen“ orientieren – als ob Großeltern mit Enkeln reisen und sie kostenfrei mitnehmen können. Mobilitätskosten sollen zukünftig über die Einkommenssteuer absetzbar sein. Mobilität muss mit Teilhabe und Nachhaltigkeit verknüpft werden. Denn Mobilität ist der Schlüsselfaktor für die Anbindung von Menschen in ländlichen Gebieten, insbesondere von Älteren und Jungen. Strukturschwache Gebiete werden von Menschen verlassen, weil sie nicht „angebunden“ sind – und anbindend bedeutet, dass der ÖPNV kostengünstig, erreichbar und in engerem Intervall verfügbar ist. Wir wünschen uns auf der Ebene des Bundes eine klar erkennbare Weichenstellung und gezielte Förderung intelligenter Verkehrskonzepte für Stadt und Land, Jung und Alt. Gerade bei Mehrkindfamilien häufen sich die Kosten für Mobilität bei schulpflichtigen und in Ausbildung befindlichen Kindern.



Verband kinderreicher  
Familien Deutschland e.V.

**Pressekontakt KRFD:** Dr. Patricia Arndt, [presse@kinderreiche-familien.de](mailto:presse@kinderreiche-familien.de)

**Über den Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V.**

Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. (KRFD) ist im Jahr 2011 aus der Initiative engagierter kinderreicher Familien entstanden, vertritt 1,4 Millionen kinderreiche Familien - damit 7 Mio. Menschen in Deutschland - und setzt sich in Politik, Wirtschaft und Medien für ihre Interessen ein. Der Verband versteht sich als Netzwerk von Mehrkindfamilien, die sich untereinander unterstützen und die Öffentlichkeit für ihre Anliegen erreichen wollen. Der Verband ist konfessionell ungebunden und überparteilich.

Verband kinderreicher Familien  
Deutschland e.V.  
Korschenbroicher Str. 83  
41065 Mönchengladbach

Amtsgericht Mönchengladbach  
VR 4773

[www.kinderreichfamilien.de](http://www.kinderreichfamilien.de)  
[info@kinderreiche-familien.de](mailto:info@kinderreiche-familien.de)

Tel. 02161 - 3030953  
Fax 02161 - 3030952

Unser Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE32 3702 0500  
0001 2268 00  
SWIFT C: BFSWDE33XXX

Vorstand:  
Dr. Elisabeth Müller  
(Vorsitzende)  
Andreas Konrad  
(stellv. Vorsitzender)